

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 896848 ppbn
Telefax: (0228) 9 15 20-12

Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul
MdB stellt das UNO-Kapitel
aus dem Antrag der SPD-Pro-
jektgruppe Internationale Poli-
tik vor: Den Weltfrieden und
die internationale Sicherheit
wahren.

Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB kritisiert
als Kinderbeauftragter der
SPD-Bundestagsfraktion die
zunehmenden Gewaltdarstel-
lungen im Fernsehen: Muß
erst der Gesetzgeber aktiv
werden?

Seite 4

Dokumentation

Alt Bundeskanzler Helmut
Schmidt hat seiner Partei im
Hamburger Wahlkampf
Ratschläge erteilt: Wir sind gut
beraten, die Mitte zu wahren.
Auszüge aus seiner Rede

Seite 5

48. Jahrgang / 166

1. September 1993

Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit wahren

Was der Antrag der Projektgruppe Internationale Politik zur UNO
sagt

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums
Geschäftsführende Vorsitzende der SPD-Projektgruppe
Internationale Politik

Die Projektgruppe Internationale Politik beim SPD-Parteivorstand hat am Wochenende einen Antrag zu einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik vorgelegt. Wir beschreiben darin die Herausforderungen, denen sich deutsche Außenpolitik heute konfrontiert sieht und zeigen Perspektiven auf, wie sozialdemokratische Außenpolitik unter veränderten Bedingungen aussieht. Wir wenden uns darin gegen die schreckliche Verengung von Außenpolitik auf bloße militärpolitische Überlegungen, die die deutsche Politik mittlerweile befallen hat. Zwei Programmsätze aus dem Antragsentwurf verdienen auch mit Blick auf den heutigen Antikriegstag besonders hervorgehoben zu werden:

- o "Unser Kontinent braucht weitreichende ökologische Offensiven und keine militärischen."
- o "Die SPD bleibt bei ihrer Tradition, unser Volk nicht in einen Krieg zu führen."

Im Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Diskussion stehen die UNO, ihre Aufgaben und der deutsche Beitrag zu ihrer Realisierung. Deshalb werden hier jene Passagen unseres Antrages vorgestellt, der sich mit dieser Thematik befaßt.

UNO

Die zunehmende Gefährdung unserer Welt verlangt Mitverantwortung für die Entwicklung einer Weltinnenpolitik.

Beherrschendes Prinzip deutscher Außenpolitik sollte sein, die Stärke des Rechts an die Stelle der Macht des Stärkeren zu setzen, die noch immer auf unserem Globus vorherrscht. Die Stärke des Rechts als oberstes Prinzip - das ist eine Konsequenz aus deutscher Geschichte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit
zuzügl. MwSt. und Versand.

Freudiger Umgang
mit unseren Anzeigen
Revolver-Power



Deshalb sollte deutsche Politik angemessene Beiträge zur Herrschaft des Rechts und zum Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen sowie zur universellen Geltung der fundamentalen Menschen- und Minderheitenrechte leisten und Systeme kollektiver Sicherheit, global und in Europa, aktiv fördern und unterstützen.

Nachdem die Konfrontation der Militärböcke jahrzehntlang die Welt geprägt und gelähmt hat, ist die Zeit reif für neues Denken und Handeln. Die Forderungen der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission und der von Gro Harlem Brundtland geführten UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung haben erstmals die Chance ihrer Verwirklichung.

Frieden, Menschenrechte und Entwicklung weltweit zu fördern, ist die zentrale Aufgabe der UNO. Wir wollen ihre Fähigkeit stärken, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Die UNO kann jedoch nur das leisten, was ihre Mitgliedstaaten sie leisten lassen. Deshalb setzen wir uns für eine aktive UNO-Politik der Bundesrepublik Deutschland ein.

Ein schrittweiser Reformansatz für die UNO und ihre Institutionen verspricht schnellere Erfolge zur Verbesserung der Arbeitsfähigkeit der UNO als eine Konzentration auf Versuche, sehr viel weitergehende Vorstellungen wie die Schaffung einer "UNO-Weitregierung" kurzfristig umzusetzen. Die UNO ist keine supranationale Organisation, sondern eine Vereinigung von Staaten.

Sie kann deshalb ihre Aufgaben der globalen Friedenssicherung und Förderung von Entwicklung nur erfüllen, wenn sie als unparteilich wahrgenommen wird. Das gilt insbesondere für die Auswahl und Durchführung von Maßnahmen zur Friedenserhaltung und -sicherung. Die UNO darf gerade in diesem Bereich nicht für Zwecke Dritter mißbraucht werden. Sie darf nicht Partei in Bürgerkriegen werden.

Um die Arbeitsfähigkeit der UNO zu verbessern, setzt sich die SPD für folgende Schritte ein:

- eine Stärkung der Stellung des Generalsekretärs gegenüber dem Sicherheitsrat sowie UNO-Unter- und Sonderorganisationen;
- die vorbehaltlose Anerkennung der Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes durch die UNO-Mitgliedstaaten als wichtige Voraussetzung für die Stärkung des internationalen Rechts;
- eine veränderte Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates, so daß sich alle Staaten und Regionen vertreten fühlen. In diesem Zusammenhang befürworten wir einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat für die Bundesrepublik Deutschland;
- eine Reform der Entscheidungsverfahren im Sicherheitsrat, die das Veto-Recht einschränkt;
- eine solide Finanzierung der wachsenden UNO-Aufgaben und ein effizienteres Finanzmanagement;
- die Schaffung eines Umwelt-Sicherheitsrates;
- eine Entlastung der UNO durch die Stärkung regionaler Abmachungen und Organisationen.

Die SPD befürwortet eine Fortentwicklung des Völkerrechts, die das Souveränitätsprinzip und das Nichtainmischungsgebot dann relativiert, wenn Völkermord, "ethnische Säuberungen", massive Verletzungen der Menschen- und Minderheitenrechte stattfinden.

Ziviles Friedenskorps

Zur Unterstützung der UNO und auf Anforderung einzelner Staaten bei Maßnahmen zur Bekämpfung von Umweltschäden, der humanitären und der Katastrophenhilfe setzt sich die SPD für die Gründung eines zivilen Friedenskorps (Umwelt- und Katastrophenhilfswerk) ein. Es soll die vorhandenen Ressourcen privater Hilfsorganisationen und der Bundeswehr aufeinander abstimmen und bei Einsätzen koordinieren. Es soll für Frauen und Männer offen sein und eine freiwillige Reserve von qualifiziertem Personal organisieren.

Konfliktverhütung

Unser UNO-Beitrag schließt die personelle und materielle Unterstützung für Maßnahmen der UNO ein, die der Konfliktverhütung dienen. Dabei verlangen wir entschieden mehr Unterstützung für vorbeugende Diplomatie. Politische und wirtschaftliche Maßnahmen müssen wirksamer und konsequenter als bisher angewandt werden und Unschuldige so weit wie möglich verschonen. Neben Beratung, Vermittlung und Schlichtung gehören dazu Kooperationsangebote einerseits und Sanktionen andererseits, die bis zu einem Embargo mit der vollständigen Unterbrechung von Wirtschaftsverkehr und Kommunikationswegen reichen können. In diesem Zusammenhang setzen wir für uns einen Fonds für embargogeschädigte Drittstaaten ein.

Die Wirtschaftssanktionen sind mit angemessenen Embargomaßnahmen, notfalls mit Blockaden, durchzusetzen, um Konflikte zu verhindern oder zu beenden. Auch Staaten, die Boykottmaßnahmen unterlaufen, müssen mit abgestuften Sanktionen, wie zum Beispiel der Einstellung des Flugverkehrs, rechnen.

Durch eine ständig abrufbare Blauheimtruppe muß der Generalsekretär die Möglichkeit haben, rechtzeitig auch vorbeugend in bedrohten Gebieten Blauhelme stationieren zu können. Durch den Ausbau der friedenserhaltenden Maßnahmen erhält die UNO die Möglichkeit, feindliche Parteien zu einer Einigung zu bringen, entmilitarisierte Zonen zu schaffen und mit Hilfe der Blauhelme einschließlich ziviler und polizeilicher Kräfte zum Wiederaufbau von demokratischen Institutionen und der zivilen Infrastruktur in von Kriegen zerrütteten Gebieten beitragen zu können.

Für Blauhelm-Einsätze - gegen Kriegsführung

Wir lassen uns von dem in Artikel 1 der UNO-Satzung genannten Ziel leiten, "den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren". Deshalb wollen wir kollektive Sicherheit verwirklichen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat den Ausbau der friedenserhaltenden Maßnahmen in den Mittelpunkt der Friedenssicherung gestellt. Wir setzen uns dafür ein, daß die UNO-Blauhelm-Einsätze in der UNO-Charta verankert werden. Auch wenn das Spektrum der Blauhelm-Missionen breiter und ihre Durchführung zum Teil sehr viel komplizierter geworden ist, ist eine klare Grenzziehung möglich und erforderlich zwischen Blauhelm-Missionen (= peacekeeping) einerseits und Kriegsführung andererseits.

Ein militärischer Einsatz auf der Seite einer Konfliktpartei macht die Blauhelm-Soldaten zu Beteiligten an einem Krieg und zu Angriffszielen der anderen militärischen Seite. Dies bedeutet aber das Scheitern der Peacekeeping-Mission und damit der Vermittlungskompetenz der UNO.

Kriterien für den Erfolg von peacekeeping sind nach wie vor: Die prinzipielle Zustimmung der Konfliktparteien, die strikte Neutralität gegenüber den Konfliktparteien, die Beteiligung von zivilem, polizeilichem und militärischem Personal als Teil des Gesamtkonzepts von peacekeeping und die offene und demonstrative Präsenz der UNO-Soldaten (keine Tarnung wie bei Kampfeinsätzen) sowie höchst restriktiver Waffengebrauch mit dem Ziel der Vermeidung von Gewaltanwendung und der Verhinderung von Eskalation. In diesem Sinne gehört bereits seit 1973 der restriktive Waffengebrauch zur Selbstverteidigung der Soldaten und die defensive, deeskalerende Absicherung ihres friedenserhaltenden oder humanitären Auftrages zu den Elementen von peacekeeping, das stets auf das Einvernehmen mit den Konfliktparteien zielt.

Wir befürworten nachdrücklich eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an Blauhelm-Einsätzen der UNO. Dazu haben wir bereits auf den Parteitag in Bremen 1991 und in Bonn 1992 wichtige Grundsätze beschlossen. Wir setzen uns für die Aufstellung einer deutschen UNO-Bereitschaftstruppe mit besonderer Ausbildung ein. Friedenserhaltende Blauhelm-Einsätze wollen wir durch eine Grundgesetzänderung ermöglichen. Jeder einzelne Blauhelm-Einsatz benötigt schon wegen des Risikos für die Soldaten eine möglichst breite parlamentarische Mehrheit, mindestens aber die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.

Die SPD steht dafür, daß die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und daß es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen, zum Beispiel nach dem Muster des Golf-Krieges gibt.

(-/1. September 1993/rs/ks/fr)

**Muß erst der Gesetzgeber aktiv werden?
Gewalt spielt eine wachsende Rolle auf den Mattscheiben**

**Von Wilhelm Schmidt MdB
Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag**

Auch wenn nach neueren Untersuchungen von Professor Merten (Münster) der Anteil an Sendungen mit gewaltorientiertem Inhalt in allen Fernsehsendern von 1992 auf 1993 um rund 25 Prozent abgenommen haben soll, so kann die Gesamtsituation nach wie vor nicht zufriedenstellen. Im Gegenteil: Wenn der Anteil derartiger Programmteile zwischen 2,25 Prozent (ZDF) und 6,67 Prozent (Pro 7) ausmacht und dabei immer noch indizierte Filme ausgestrahlt werden, dann ist es mit dem Kinder- und Jugendschutz im Fernsehen immer noch nicht weit her. Dabei lassen sich die Programmacher ständig neue Formen einfallen, die Gewaltanteile vorher nicht erkennbar werden läßt (Magazinsendungen, Reality-TV und so weiter).

Bestürzend ist es, daß auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten im Vorabend-Programm und in der "Prime-Time" (20 bis 22 Uhr) ihren Anteil an Gewaltsendungen erheblich erhöht haben, weil auch sie mit Blick auf Einschaltquoten manche Zurückhaltung und manches Verantwortungsbewußtsein verdrängen.

Das auf der Funkausstellung verbreitete Selbstlob der Privaten, daß sie den stärksten Rückgang an Gewaltdarstellungen zu verzeichnen haben, relativiert sich schnell, wenn man darauf zurückblendet, walch hoher Anteil am Gesamtprogramm bisher bestanden hat. Außerdem scheint sich durch die engagierte gesellschaftspolitische Diskussion, die auch mehrfach in den Bundestag getragen worden ist, ein leichter Stimmungsumschwung zu verbreiten. Bei den Privaten tritt nämlich nach neueren Erkenntnissen vor dem Hintergrund dieser Entwicklung die Folge ein, daß ihnen die Werbepartner für diese Programmblöcke ausbleiben. Wer will sich schließlich als seriöses Wirtschaftsunternehmen in direkte Verbindung mit Gewaltdarstellungen bringen lassen!

Der Vollzugsdefizit ist nach wie vor enorm. Die Kontrollfunktionen werden von den Aufsichtsgremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten ebenso unzureichend wahrgenommen wie von den Landesrundfunkausschüssen der Privaten. Eine stärkere öffentliche Darstellung aller umstrittenen Sendungen mit dem Ziel ständiger Diskussionen und einer Ächtung würde sicher manche Kehrtwende herbeiführen. Der von RTL-Chef Thoma vorgeschlagene "Runde Tisch" mit dem Ziel einer Selbstbeschränkung aller Fernsehsender ist vielleicht ein positiver Schrittman darf gespannt sein, ob diese Initiative auf fruchtbaren Boden fällt. Die bei der Funkausstellung vorgestellte "Kindersicherung" als technische Einrichtung zur Verhinderung von Fernseh-Konsum durch Kinder scheint nur eine reichlich hilflose Reaktion der Industrie auf die Gesamtproblematik zu sein.

Warum ist der wirkliche Durchbruch für eine "Abrüstung im Fernsehen" so schwer zu erreichen? Warum riskieren wir (wie der amerikanische Sozialwissenschaftler Guggenberger formulierte) "die Verblödung der Freizeitmenschen"? Müssen erst wieder Schritte in Richtung auf eine schärfere Gesetzgebung eingeleitet werden, die dann wieder stärker die Diskussion um Abgrenzung von Maßnahmen der Zensur in sich bergen? Eltern, Erzieher, aber vor allem die Fernseh-Programmmacher bilden im Interesse der Kinder eine Verantwortungsgemeinschaft - und die gilt es konkret und aktiv mit Leben zu erfüllen, um die fortschreitenden negativen gesellschaftlichen Prozesse zu bremsen.

(-/1. September 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Helmut Schmidt: Wir sind gut beraten, die Mitte zu wahren

Alt Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sich dieser Tage im Hamburger Wahlkampf engagiert und dazu aufgefordert, mit dem Votum für Henning Voscherau ein "Signal" zu setzen, das auch zur Wende in Bonn beiträgt. Wir dokumentieren die abschließenden Passagen seiner Rede.

Unterläßt vor der Wahl alles Gerede über mögliche oder denkbare Koalitionspartner. Erstmal müßt ihr die Wahl gewinnen! Und gewinnen heißt: Bei weitem die stärkste Partei sein, nicht nur die stärkste, sondern eine wirklich starke Partei. Vielleicht braucht Ihr dann gar keinen Koalitionspartner, umso besser!

Ich habe dazu eine persönliche Erfahrung beizusteuern. Ich habe mit einer Koalitionsausgabe vor einer Wahl sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Das war die Bundestagswahl 1980. Da hat die FDP mit meinem Namen Reklame für sich gemacht und ich Düssel habe das damals gebilligt. Aber viele, die damals mich als Kanzler wiederhaben wollten, die haben daraufhin FDP gewählt - und bums nach der Wahl, da wurden Graf Lambsdorff und Genscher unverachtet. Und die Hamburger FDP ist um nichts besser als die Bonner FDP.

Wenn ein Sozi sagt, er will hinterher mit den Grünen oder er will hinterher mit der FDP, der sagt in Wirklichkeit zu dem, der ihm zuhört: Du kannst ja gleich die Grünen wählen oder Du kannst ja gleich die FDP wählen. Am besten ist es, wenn man keinen Koalitionspartner braucht, weil man für sich selbst genug Wählervertrauen erworben hat. (...)

Die Sozialdemokratie selbst, und sie allein, regiert Hamburg besser als alle denkbaren Koalitionen. Aber damit es dabei bleibt, scheint mir auch ein dritter Ratschlag geboten. Nämlich dieser Rat, liebe Freunde: Gerechtfertigte Kritik an dem, was wir tun und lassen, gerechtfertigte Kritik, käme sie von links oder von den Grünen oder von rechts seitens der FDP oder CDU, gerechtfertigte Kritik müssen wir aufnehmen. Praktikable realistische Vorschläge zur Verbesserung des Lebens in unserer Stadt, die müssen wir desgleichen aufnehmen! Oder mit einem anderen Wort: Die Sozialdemokratie muß auch für die breite Mehrheit der politischen Mitte der hamburgischen Wählerinnen und Wähler die Partei ihrer Wahl sein und bleiben. Noch anders gesagt: Unsere Partei ist in Hamburg tatsächlich selbst die breite politische Mitte, prinzipiell anerkannt

von den Gewerkschaften einerseits oder von Handwerkskammer und Handelskammer andererseits, anerkannt von allen arbeitenden Menschen schlechtthin. Wir haben diese politische Mitte uns erarbeitet und erobert, wir müßten dumm sein, wenn wir die Mitte aufgeben! Wir sind gut beraten, wenn wir die Mitte bewahren!

Henning Voscherau ist dafür der richtige, weil erfahrene und erfolgreiche Vormann. Er hat sich durch die unumgänglichen ideologischen Debatten innerhalb unserer Partei nicht in seiner Politik der praktischen Vernunft beirren lassen, weder im Rathaus in seinem täglichen Geschäft für die Stadt, noch in seiner großen Linie, noch im Bundesrat in seiner Politik für das ganze Deutschland. Voscherau hat früher als manch' anderer erkannt, daß es nach dem Glücksfall, von dem Uli Klose eben gesprochen hat, nach dem Glücksfall des Falls der Mauer, nach dem Glücksfall der Vereinigung, unsere moralische Pflicht ist, die Vereinigung mit den 16 Millionen Deutschen im Osten solidarisch voranzubringen. Das ist ein Mann, der hamburgische Tugenden und sozialdemokratische Tugenden für die Gegenwart bewahrt hat und der sie in die Zukunft voranträgt. Deswegen verdient er unser Vertrauen auch für die Zukunft.

Ich möchte noch einmal bei den Worten von Uli Klose anknüpfen. Die Bürgerschaftswahl im nächsten Monat, in einer schwieriger gewordenen Umwelt, in einer Zeit gefährlicher Umbrüche in Europa, die muß die Kontinuität, die Stetigkeit von Erfahrungen und Verantwortung sichern. Wer in dieser Zeit der Kriege auf dem Balkan, der Kriege auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion, wer in dieser Zeit der tiefsten deutschen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit jemals seit Kriegsende, wer in dieser Zeit der Vereinigungskrise, wer in dieser Zeit der europaweiten Wirtschaftsrezession von Lissabon und London bis nach Helsinki bis nach Moskau, wer in dieser gefährlichen Lage, in der wir alle sind, seine Stimme an eine Quengelpartei, an eine Nörglerpartei wegwirft, wer sie gar wegwirft an Linksextreme oder an Rechtsextreme - da hatte der Uli Klose doch recht! - der macht den gleichen Fehler, wie ihn viele unserer Eltern und Großeltern 1931 und 1932 in einer schwierigen Zeit schon einmal gemacht haben, mit entsetzlichen Folgen.

Um es im Klartext noch einmal anders zu sagen: Gewalttätige Skinheads und Mörder von rechts sind ebenso lebensgefährlich und ekelhaft wie die gewalttätigen mörderischen RAF-Leute von links. Geben Sie um Gottes willen keine Stimme an irgendeine jener neuen Parteien, die für dieses Mörderpack Sympathie aufbringen.

Wir Deutschen stehen in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr - ein Landtagswahlkampf nach dem anderen, ein Bundestagswahlkampf nächstes Jahr und inzwischen die Krisen auf dem Hals, von denen ich schon gesprochen hatte - wir Deutschen stehen 1993, 1994 und darüber hinaus in der größten Bewährungsprobe unserer Generation. Die größte Bewährungsprobe für die Deutschen, die heute leben. Es ist hohe Zeit für einen politischen Neuanfang in Bonn und hoffentlich, so füge ich hinzu, bald in Berlin. Und wir Hamburger, wir können mit der Bürgerschaftswahl im September für diesen Neuanfang ein deutliches Zeichen setzen, ein Zeichen für alle achtzig Millionen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Es hindert uns niemand, dieses dringend erwünschte Signal zu geben.

Deshalb, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, gebt Euch einen richtigen Ruck! Überwindet alle Enttäuschungen mit der politischen Klasse in Bonn, die Ihr jeden zweiten Abend im Fernsehen wieder vor Augen geführt kriegt! Überwindet alle Nörgeleien, überwindet Eueren Verdruß! Geht hin zur Wahl und sorgt dafür, daß auch in schwierigen Zeiten unsere Demokratie in Ordnung bleibt.

(-/1. September 1993/rs/ks)
